



Kurzprotokoll der 3. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien
Berlin, den 25. Juni 2025, 14:30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, 4.400

Vorsitz: Sven Lehmann, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Wahl einer stellvertretenden Vorsitzenden oder
eines stellvertretenden Vorsitzenden

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 5**

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Gespräch mit:

Prof. Dr. Marion Ackermann
Präsidentin der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Für die Bundesregierung:
Staatsminister Dr. Wolfram Weimer
Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und
Medien



Tagesordnungspunkt 3

Seite 15

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kulturgutschutzgesetzes
(1. KGSGÄndG)**

BT-Drucksache 21/219

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Berichterstatter/in:

Abg. Ansgar Heveling [CDU/CSU]

Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]

Abg. Martin Rabanus [SPD]

Abg. Awet Tesfaiesus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. David Schliesing [Die Linke]



Anwesende Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Demuth, Ellen Hose, Michael Klein, Dr. Ottolie Reddig, Pascal	Heveling, Ansgar Seitz, Nora Weisgerber, Dr. Anja
AfD	Frömming, Dr. Götz Gläser, Ronald Helferich, Matthias	Hess, Nicole Wendorf, Sven
SPD	Faeser, Nancy Kersten, Dr. Franziska Mann, Holger Rabanus, Martin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Göring-Eckardt, Katrin Tesfaiesus, Awet	Lehmann, Sven
Die Linke	Gysi, Dr. Gregor Schliesing, David	



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, gibt organisatorische Hinweise und erläutert den geplanten Ablauf. Er teilt mit, dass in der Fraktion der CDU/CSU ein Wechsel stattgefunden habe: Abg. Michael Frieser (CDU/CSU) sei nun ordentliches Mitglied, Abg. Dr. Anja Weisgerber (CDU/CSU) sei jetzt stellvertretendes Mitglied.

Tagesordnungspunkt 1

Wahl einer stellvertretenden Vorsitzenden oder eines stellvertretenden Vorsitzenden

Der **Vorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit fest, da mehr als die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses anwesend seien. Das Vorschlagsrecht für die Stellvertretung stehe der Fraktion der AfD zu. Der Vorsitzende bittet um einen Vorschlag.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) teilt mit, seine Fraktion schlage die Abg. Nicole Hess (AfD) vor.

Der **Vorsitzende** sagt, die Fraktion der AfD habe die Abgeordnete Nicole Hess vorgeschlagen. Sie sei stellvertretendes Mitglied des Ausschusses und anwesend. Er teilt mit, dass die Obleute eine Wahl mit verdeckten Stimmzetteln verabredet hätten, die analog zur Wahl des Vorsitzenden in der konstituierenden Sitzung durchgeführt werde. Da er keinen Widerspruch sehe, werde so verfahren.

Der Vorsitzende erläutert das Wahlverfahren. Die zur Wahl vorgeschlagene Kandidatin sei gewählt, wenn sie die sogenannte einfache Mehrheit der Stimmen erlange. Das sei dann der Fall, wenn sie mehr Ja- als Nein-Stimmen auf sich vereinige, wobei Enthaltungen wie ungültige Stimmen unberücksichtigt blieben.

Werde die Kandidatin nicht gewählt, könne die vorschlagsberechtigte Fraktion der AfD einen erneuten Wahlgang mit derselben Kandidatin oder

einem anderen Kandidaten/einer anderen Kandidatin beantragen. Es obliege dem Ausschuss, darüber zu entscheiden, ob ein weiterer Wahlgang durchgeführt werden solle. Für diese Entscheidung sei ebenfalls die sogenannte einfache Mehrheit der Stimmen erforderlich. Lehne die Mehrheit einen weiteren Wahlgang ab, könne eine erneute Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden oder der stellvertretenden Vorsitzenden erst in der nächsten Sitzung durchgeführt werden.

Der Vorsitzende erläutert den Ablauf der Wahl und kündigt an, die ordentlichen Ausschussmitglieder innerhalb der Fraktionen in alphabatischer Reihenfolge aufzurufen. Das Sekretariat händige jedem aufgerufenen Ausschussmitglied einen Stimmzettel aus. Sollte ein ordentliches Mitglied nicht anwesend sein, werde er die jeweilige Fraktion nach einem Stellvertreter oder einer Stellvertreterin fragen. Die Aufgerufenen würden gebeten, sich vor den Saal zu begeben, den Stimmzettel in der Wahlkabine auszufüllen und gefaltet in die Urne zu werfen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um eine geheime Wahl handele und daher Fotografieren untersagt sei. Er fragt, ob es noch Fragen zum Wahlverfahren gebe. Das ist nicht Fall.

Wahlvorgang

Der **Vorsitzende** verkündet das Ergebnis: abgegebene Stimmen: 17, ungültige Stimmen: 0, Ja-Stimmen: 5, Nein-Stimmen: 12, Enthaltungen: 0. Die Abg. Nicole Hess (AfD) habe die erforderliche Mehrheit verfehlt und sei nicht zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses gewählt worden. Der Vorsitzende gibt der vorschlagsberechtigten Fraktion der AfD das Wort und fragt, ob ein zweiter Wahlgang gewünscht sei und falls ja, mit welcher Kandidatin oder welchem Kandidaten.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) sagt, dass seine Fraktion mit Rücksicht auf die Gäste auf einen zweiten Wahlgang am heutigen Tag verzichte.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Wahl zum



stellvertretenden Vorsitz ohne Erfolg geblieben sei. Die Fraktion der AfD habe das Recht, in einer der nächsten Sitzungen einen weiteren Wahlvorschlag vorzulegen. Bis zur erfolgreichen Wahl einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters werde im Falle seiner Verhinderung das dienstälteste Mitglied des Ausschusses die Leitung der Sitzung übernehmen. Das sei der Kollege Abg. Dr. Gregor Gysi (Die Linke).

Tagesordnungspunkt 2

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Der **Vorsitzende** begrüßt die Gäste und schildert den vereinbarten Ablauf.

Prof. Dr. Marion Ackermann (Stiftung Preußischer Kulturbesitz) bringt ihre Freude zum Ausdruck, im neu gegründeten Ausschuss gleich zu Beginn der Legislaturperiode sprechen zu können und dankt für die Einladung.

Sie habe ihr Amt unter drei wesentlichen Aspekten angetreten. 1. Sie wolle das internationale Netzwerk/die globalen Partnerschaften der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) stärker ausbauen. 2. Es stelle sich die Frage, inwiefern die SPK als große Bund-Länder-finanzierte Einrichtung das föderale Deutschland repräsentiere. Die Einrichtung habe eine große Verantwortung im föderalen System. Was das bedeute und wie man diese erfüllen könne, darüber wolle sie sprechen. 3. Wichtig sei die Vermittlung in die Gesellschaft. Sie wolle noch präziser mit den Menschen arbeiten.

Um die drei genannten Ziele zu erreichen, gebe es entsprechende Instrumente. Die Anwesenden wüssten, dass die SPK in den letzten Jahren stark durch die Reform beeinflusst worden sei. Sie wolle daher zu Beginn vom Status quo der Reform sprechen. Es sei sehr viel erreicht worden und der Strukturprozess der Reform werde am 1. Dezember abgeschlossen sein. Dann gelte es, in ruhigere Fahrwasser zu kommen, was für die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig sei.

Entscheidend werde dann die Strategie sein, die noch nicht existiere. Es stelle sich die Frage nach den inhaltlichen Schwerpunkten für die nächsten Jahre. Es gebe den Strategiehorizont 2030. Dass auch unter den Bedingungen knapper Ressourcen und krisenhafter Zeiten eine klare Aussage zu öffentlichen Projekten gemacht werde, sei ihr wichtig. Diese müssten ganz besondere sein, once-in-a-lifetime-experiences. Es müsse deutlich werden, dass das, was die SPK mache, extrem wichtig sei. Auch eine entsprechende Kommunikation müsse auf den Weg gebracht werden.

Zur Reform gehöre auch der Abbau von Bürokratie: die Verschlankung der Strukturen, die Abschaffung mittlerer Hierarchieebenen. Stattdessen sollten die Standorte gestärkt werden. Man denke alles sehr stark vom Publikum aus.

Weiterhin gebe es den Bereich Bau. Zwei Projekte wolle sie hervorheben: Zum einen das Pergamonmuseum, das im Frühling des Jahres 2027 wiedereröffnet werde. Auch der große Saal werde wieder zugänglich sein und das Museum für Islamische Kunst werde eine fantastische Präsentation bieten. Zum anderen gebe es das Projekt Berlin Modern. Im Herbst werde das Richtfest gefeiert. Man wolle auf dem Weg der Fertigstellung des Gebäudes die Künstlerschaft Berlins und darüber hinaus mit einbeziehen. Es handele sich im Grunde um eine Erweiterung der Nationalgalerie, eine Erweiterung der Sammlungsbereiche der Moderne.

Prof. Dr. Ackermann vertieft die drei zu Beginn genannten Aspekte. Thema Internationales: Anknüpfend an das auch im Koalitionsvertrag genannte Weimarer Dreieck halte sie ein verstärktes Engagement im Hinblick auf Mitteleuropa für wichtig. Beim Thema Restitutionen wolle sie das in der Vergangenheit mit den Herkunftsgesellschaften aufgebaute Vertrauen bewahren. Häufig stelle sich die Frage: Was kommt nach der Restitution? Oft gehe es darum, die Zusammenarbeit aufzubauen.

Auch mit China, Saudi-Arabien und anderen



Teilen der Welt gebe es sehr gut funktionierende Kontakte. Das gesamte Netzwerk solle gestärkt werden – immer unter dem Aspekt des Co-Kuratierens, des Gemeinsamen, des Agierens auf Augenhöhe.

Thema Föderalismus: Es stelle sich die Frage, was die SPK für Deutschland tun könne.

Prof. Dr. Ackermann berichtet, dass sie in vier Bundesländern gearbeitet habe. Die große Vielfalt an kulturellen Produktionen, die in Deutschland an verschiedenen Orten dargeboten würden, solle auch in Berlin sichtbarer werden. Es gebe viele Ideen und Leuchtturmprojekte. Sie würde gerne die Kinderbiennale der Länder in Berlin veranstalten. Sie habe das Projekt in Sachsen begonnen und wolle es als Projekt der Länder fortführen. Es solle die Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, was in anderen Teilen des Landes passiere und umgekehrt darüber nachgedacht werden: Wie repräsentiert die SPK gemeinsam mit den Bundesländern und mit dem kulturellen Erbe das eigene Land?

Thema Publikum: Dabei gehe es um das Feintuning der Arbeit mit Blick auf verschiedene Zielgruppen. Die SPK müsse sehr streng mit sich umgehen hinsichtlich der Frage, ob sie genug für die jüngsten Besucherinnen und Besucher tue. Es gebe etwa eine Kooperation mit der Charité (Berlin) zu Mental-Health-Themen. Es existiere diesbezüglich ein großer gesellschaftlicher Notstand auch bei Jugendlichen. Die Kooperation könne man größer denken. Weiterhin müsse die SPK auch etwas für die älteren Menschen tun. Grundsätzlich müsse viel präziser ausformuliert werden, wie das Programm zu den Menschen gebracht werden könne.

Es sei eine Führungsaufgabe, stark von den Inhalten her zu denken. Lange Zeit habe eine Defizitorientierung geherrscht, nicht nur intern, auch in den Medien. Es sei um Fragen gegangen wie: Stimmen die Ressourcen? Sind die Bauprojekte verzögert? Nun gelte es, die Köpfe zu öffnen für das, was an großen Dingen umgesetzt werden solle. Sie sehe ihre Führungsaufgabe darin, dieses inhaltliche Gespräch voranzubringen. Man müsse gemeinsam schauen, wie

unter schwierigen Bedingungen der gute Kurs gehalten werden könne – auch in Bereichen, in denen es Konflikte gebe (Beispiel Humboldt Forum). Sie habe Ideen dazu.

Es gehe auch um die Frage, was die SPK in Zeiten krisenhafter Bedingungen in anderen Regionen der Welt tun könne. Es gebe sehr viele Anfragen zur Zusammenarbeit, auch von amerikanischen Kolleginnen und Kollegen etwa mit Blick auf den Forschungscampus Dahlem. In Deutschland bestünde große Freiheit für die Forschung und das Tun. Sie stimme Dr. Weimer zu, dass dies betont werden müsse. Viele schauten auf Deutschland.

Der Beirat der SPK sei neu zusammengesetzt worden und international. Beispielsweise seien die Präsidentin des Musée du Louvre (Laurence des Cars) und die Direktorin des Deutschen Historischen Instituts in Warschau (Magdalena Saryusz-Wolska) Mitglieder. Die Mitglieder des Beirats würden mit den anderen Organen gemeinsam schauen, wie die Verantwortung für Europa noch stärker wahrgenommen werden könne.

Der **Vorsitzende** erteilt Staatsminister (StM) Dr. Weimer das Wort für ein Eingangsstatement.

StM **Dr. Wolfram Weimer** (BKM) bringt seine Freude zum Ausdruck, dass Prof. Dr. Ackermann nun Präsidentin der SPK sei. Sie habe an allen Orten, an denen sie zuvor gewirkt habe, beeindruckende programmatiche Arbeit geleistet und auch als Managerin überzeugt. Er versichert Prof. Dr. Ackermann, dass die Bundesregierung in den kommenden Jahren der SPK zur Seite stehen werde, auch finanziell.

Die Situation der SPK sei eine besondere. Sie sei 200 Jahre alt. StM Dr. Weimer lädt die Anwesenden und die Zuschauerinnen und Zuschauer ein, die Museen der SPK zu besuchen, gerade auch wenn man einige Jahren nicht dort gewesen sei.

Die SPK sei in vielerlei Hinsicht eine Baustelle. Sie befindet sich im Reformprozess und es gebe tatsächlich Bauprojekte, einige davon gestalteten



sich finanziell und in den Abläufen schwierig beziehungsweise hätten sich in den vergangenen Jahren schwierig gestaltet. Das habe dazu geführt, dass der Etat der Stiftung deutlich gestiegen sei. Für das Jahr 2025 seien Gesamtausgaben von 477 Millionen Euro etatisiert – 100 Millionen Euro mehr, als noch vor zwei Jahren. Die Steigerung erkläre sich vor allen Dingen mit den Baumaßnahmen, insbesondere mit Berlin Modern.

Es sei gelungen, mit den Ländern die Betriebsmittel noch einmal zu steigern: 12 Millionen Euro seien extra mobilisiert worden. Insofern stehe die SPK finanziell fürs Erste gut da. Es werde sich die Frage stellen, wie die weiteren Vorhaben organisiert werden könnten. Man habe den Ehrgeiz, die Stiftung als eine Weltklasseinstitution, die in einer Liga mit dem Musée du Louvre und dem Britischen Museum in London stehe, sichtbarer zu machen. Die SPK sei das Schatzkästlein der Nation. Sie sei bedeutsam für die Selbstvergewisserung der sich wandelnden Nation und habe Großartiges zu bieten.

Die Internationalisierung und das Branding anzugehen, sei ein interessantes Programm. Prof. Dr. Ackermann sei die erste Frau an der Spitze der SPK. Das mache neugierig auf das, was auch programmatisch neu kommen werde und er freue sich darauf. StM Dr. Weimer zeigt sich zuversichtlich, dass in den nächsten Quartalen gute Nachrichten von der Museumsinsel kommen würden.

Der **Vorsitzende** gibt einige Verfahrenshinweise und leitet in die Fraktionsrunde über.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) gratuliert zum neuen Amt, in dem Prof. Dr. Ackermann es nicht wie in ihrer vorherigen Position in Dresden mit einer Kunstsammlung zu tun habe, sondern mit einer ganzen Museumslandschaft und mit dem Erbe eines Landes, das es nicht mehr gebe: Preußen. Wie ihr Verhältnis zu dem preußischen Erbe sei und ob sie mit diesem Begriff etwas anfangen könne, soll gesagt werden. Die Stiftung habe laut Satzung den Auftrag zur Bewahrung, Pflege und Erforschung des preußischen Kulturguts. Welche Rolle dies für die deutsche Erin-

nerungskultur und den Kulturstandort Deutschland spiele, ist ebenfalls von Interesse.

Anders als vom Wissenschaftsrat empfohlen sei man in der vorangegangenen Legislaturperiode aus guten Gründen davon abgerückt, die SPK zu filetieren. Auch ein neuer Name sei diskutiert worden. Ob sie sich dafür stark machen werde, dass die Worte „Preußen“ oder „preußisch“ im Namen der Stiftung erhalten blieben, möchte Abg. Dr. Frömming wissen. Eine weitere Frage zielt auf das Thema Raub von Kunstschatzen. Wie sie die Sicherheit der Kulturgüter in Deutschland einschätzt ist genauso von Interesse wie Frau Prof. Dr. Ackermanns Standpunkt zum Thema Provenienzforschung/Rückgabeforderungen.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD) gratuliert Prof. Dr. Ackermann und bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass nun eine Frau an der SPK-Spitze stehe. Weiterhin sei erfreulich, dass Prof. Dr. Ackermann im Jahr 2012 auf SPD-Vorschlag Teil der Bundesversammlung gewesen sei.

Die Kunstsammlung Dresden und die SPK hätten bereits früher Berührungspunkte gehabt. Beide Häuser wollten ihr Bildungsprojekt „Kunst, Raub und Rückgabe“ (NS-Kunstraub) fortführen, was sie sehr unterstützte. Was ihr größtes Anliegen für die SPK sei und welche Erfahrungen sie aus ihrem Wirken in Ostdeutschland in das neue Amt mitbringe, soll gesagt werden. Abg. Dr. Kersten wünscht sich zudem mehr Details zu den geplanten Aktivitäten mit Blick auf Osteuropa.

Weiterhin interessiert, welche Projekte des Vorgängers Prof. Dr. Hermann Parzinger fortgeführt werden sollten und welche nicht. Das Thema Restitution sei ihm ein großes Anliegen gewesen. Wie die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit fortgeführt werde, möge Prof. Dr. Ackermann erklären. Eine weitere Frage zielt auf die ländlichen Räume und die gleichwertigen Lebensverhältnisse.

Abg. **Awet Tesfaiesus** (Bündnis 90/Die Grünen) gratuliert zur neuen Aufgabe und bringt ihre



Freude über die Besetzung der SPK-Spitze zum Ausdruck. Die SPK sei mit ihren vielen Museen, Archiven und Bibliotheken umfangreich aufgestellt. Gerade in Zeiten der Vernetzung werde digitale Zugänglichkeit und Transparenz gebraucht. Welche Meilensteine sie diesbezüglich anstrebe und welche personellen, technischen sowie finanziellen Ressourcen dafür gebraucht würden, soll gesagt werden.

Es sei immer wieder die Rede davon gewesen, auch private Unterstützerinnen und Unterstützer und private Mittel für die SPK anzuwerben. Welche Ideen sie dazu habe und wie zugleich die Unabhängigkeit des Hauses gewährleistet werden könne, ist ebenfalls von Interesse. Eine weitere Frage zielt auf Prof. Dr. Ackermanns Vorstellungen zum Humboldt Forum.

Abg. Dr. Gregor Gysi (Die Linke) sagt, auch er gratuliere zur neuen Aufgabe und fragt, welchen Fahrplan (Zeitplan, Schritte) es für die beschlossenen Reformen bei der SPK gebe. Weiterhin interessiert, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Öffentlichkeit einbezogen würden. Schließlich erreiche man um so mehr Zustimmung auch in der Bevölkerung, je öffentlicher man agiere.

Die nächste Frage zielt auf das Verhältnis von öffentlicher Finanzierung und Kommerzialisierung. Er kenne das Thema aus der öffentlichen Daseinsvorsorge. Seitdem sich Krankenhäuser rechnen müssten, gingen sie pleite. Wie sie diese Thematik einschätze, möge Prof. Dr. Ackermann sagen.

Sodann spricht Abg. Dr. Gysi das koloniale Erbe an und fragt, ob sie etwas offensiver an das Thema herangehen werde als dies in der Vergangenheit bei der SPK der Fall gewesen sei. Die letzte Frage zielt auf den Themenkomplex Stiftung Hohenzollernscher Kunstbesitz/Verhältnis Staat-Haus Hohenzollern.

Abg. Dr. Ottilie Klein (CDU/CSU) gratuliert zur neuen Aufgabe und sagt, es stünden große Herausforderungen an. Die SPK sei eine Kultureinrich-

tung mit großer Strahlkraft. Die Fraktion der CDU/CSU habe beim Reformprozess immer an der Seite der SPK gestanden. Dieser solle in dieser Wahlperiode zu einem guten Ende geführt werden.

Die SPK habe sich unter anderem vorgenommen, einen Mehrwert für die Besucherinnen und Besucher sowie die Öffentlichkeit zu schaffen. Abg. Dr. Klein betont, sie trieben die Themen Bildungs- und Chancengerechtigkeit um. Wie es zu schaffen sei, nicht nur in akademische Milieus hineinzuwirken, soll gesagt werden.

Museen seien Teil der kritischen Infrastruktur und derzeit noch nicht ausreichend vor Gefahren geschützt. Ob es diesbezüglich schon Pläne gebe beziehungsweise Ideen über konkrete Schutzmaßnahmen, ist von Interesse. Weitere Fragen zielen auf Ideen zum Humboldt Forum und weitere Details der Pläne mit Blick auf osteuropäische Länder.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort für die Antworten.

Prof. Dr. Marion Ackermann (SPK) beginnt mit der Antwort auf die Frage nach dem preußischen Erbe. Als Kunsthistorikerin arbeite sie mit dem, was historisch da sei. Das sei der Ausgangspunkt und extrem wichtig. Das preußische Kulturerbe sei nach dem Krieg wie eine Art Collecting Point gewesen. Es sei in verschiedenen Teilen Deutschlands verstreut gewesen, zusammengeführt und in einer Stiftung zusammengefasst worden. Jeder habe sehen können, wie sie in Sachsen gearbeitet habe. Auch dort habe ein Spannungsverhältnis existiert, und zwar zwischen der sächsischen Geschichte und einer globalen Kunstsammlung mit weltweiten Objekten und weltweiter Bedeutung. Auch bei ihrer neuen Aufgabe werde die Bewältigung einer derartigen Herausforderung eine große Rolle spielen.

Im Gesetz über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (StiftPKG) sei festgelegt, dass der Name Stiftung Preußischer Kulturbesitz erhalten bleiben solle. Eine Auslandsreise habe ihr



allerdings jüngst vor Augen geführt, dass der Name kein guter Markenname sei. Im Sinne eines Readymades nach Marcel Duchamp handele es sich bei dem Namen um ein vorgefundenes Bruchstück, und man müsse damit und dagegen arbeiten, was kompliziert und komplex sei. Die Sammlungen enthielten zahlreiche andere Objekte, die über das Preußische hinausgingen. Abgesehen davon habe die SPK auch eine Verantwortung für ganz Deutschland. Es müsse auf jeden Fall am Branding, an der Visualität und an der Kommunikation gearbeitet werden.

Prof. Dr. Ackermann geht anschließend auf das Thema Sicherheit von Kulturgütern ein. Es gehe um die Frage, wie viel sich eine Gesellschaft die Sicherheit kosten lasse. Die Kosten für den Schutz von Museumsgütern vor Diebstahl seien enorm und stiegen von Jahr zu Jahr. Es sei bereits zu Schließzeiten gekommen, da die Bewachungskosten nicht mehr gedeckt werden konnten. Verkürzt lasse sich sagen: Je weiter man nach Westen schaue, desto mehr werde auf Digitales und Technik gesetzt, je mehr man nach Osten schaue, desto mehr auf persönliche Bewachung. Letztere sei immer noch das Sicherste. Es müsse gesellschaftlich ausgehandelt werden, wie viel die Sicherheit kosten dürfe.

Die Frage nach ihrem größten Anliegen für die SPK beantwortet Prof. Dr. Ackermann zugesetzt mit dem Wort Planungssicherheit. Sie wünsche sich, dass die SPK ein paar Jahre nach vorne schauen und groß denken könne. Dafür sei ein Rahmen nötig, innerhalb dessen man sich bewegen könne.

Im Folgenden kommt Prof. Dr. Ackermann auf ihre Erfahrungen in Sachsen zu sprechen, ihrem Wirken in einer durch die DDR-Geschichte geprägten Gesellschaft und mit den dortigen Sammlungen. Sie bringe viel mit, unter anderem die Überzeugung, dass Deutschland in der Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte noch am Anfang stehe, obwohl bereits viel passiert sei. Prof. Dr. Ackermann führt als positive Beispiele zwei Ausstellungen im Haus der Kulturen der Welt und im Jüdischen Museum in Berlin an, die große Resonanz gefunden und sie persönlich sehr

beeindruckt hätten. Doch die Diskussion stehe erst am Anfang und werde wichtig bleiben. Im Team der SPK gebe es viele Menschen mit Ostbiografie. Viele treibe die Frage um, wie das Wissen bei ihrem Ruhestand übertragen werde.

Sodann erläutert Prof. Dr. Ackermann ihre Gedanken zu Osteuropa. Es sei ungünstig, dass ausgerechnet die Museen in Mittel- und Osteuropa nicht in irgendeiner Weise zusammengeschlossen seien. Das liege auch an der Volatilität der Besetzungen in einem politisch komplizierten Umfeld. Es sei ein Desiderat, die mittel- und osteuropäische Geschichte der Kunst im hiesigen Kanon zu verankern. Dass hierzulande kaum jemand die Namen der Künstler und Künstlerinnen aus der Ukraine gekannt habe, sei schockierend gewesen. In der breiteren Bevölkerung existiere kein Bewusstsein für die polnischen Avantgarden. In Tschechien gebe es immer noch einen lebenden internationalen Surrealismus – dieser sei hierzulande kaum rezipiert. Sie könne weitere Beispiele nennen. Es gebe eine Verpflichtung, auch nach Osten zu schauen und mit den Menschen dort zu arbeiten.

Mit ihrem Vorgänger, Prof. Dr. Parzinger, habe sie drei Monate zusammenarbeiten dürfen. Daher sei sie sehr weit eingearbeitet, obwohl sie erst 24 Tage im Amt sei. Da sie ein anderer Mensch mit anderen Prägungen sei, werde sie einige Dinge anders machen. Der Vorgänger sei aus dem Bibliothekswesen gekommen, Prof. Dr. Parzinger sei Archäologe, sie selbst komme aus der Kunst. Kunst bedeute Bedeutungsoffenheit und Ambiguität, diese brauche es in diesen Zeiten in besonderer Weise. Insofern werde ihre Amtszeit von selbst anders werden als die ihrer Vorgänger.

Im Folgenden spricht Prof. Dr. Ackermann über Nigeria. Sie habe sich mit dem Direktor des neuen Museum of West African Art (MOWAA) in Benin City getroffen. Die Einrichtung werde im Herbst eröffnet. Es stelle sich nun die Frage: Was kommt nach der Restitution? Die Restitution der Benin-Objekte sei sehr wichtig gewesen, gerade für die nächsten Generationen. Betroffen seien Länder, die ein sehr niedriges Durchschnittsalter aufwiesen und innerhalb derer man nicht einfach



reisen könne. Auch könne man nicht ohne Weiteres innerhalb der 55 afrikanischen Länder reisen. Daher sei es wichtig, vor Ort etwas präsentieren zu können. Doch gerade für so ein junges Publikum müsse man mehr als lediglich Objekte in Vitrinen anbieten. Mit ihrem Gesprächspartner habe sie die Frage der Zusammenarbeit diskutiert.

Sodann kommt Prof. Dr. Ackermann zu den ländlichen Räumen. In ihrer Zeit in Sachsen sei es eine ihrer großen Leidenschaften gewesen, für diese Regionen etwas anzubieten. Outreach sei wichtig, sie habe hunderte von Projekten gemacht. Prof. Dr. Ackermann führt zwei Beispiele aus. 1. In dem Ort Wermsdorf sei damals mit wenig Geld ein großer Swimmingpool aufgebaut und drumherum ein Kunstprogramm für Kinder und ältere Menschen angeboten worden. Das Projekt sei ein großer Erfolg gewesen. 2. Man habe gemeinsam mit dem Künstler Ólafur Elíasson mit weißen Legosteinen Grundschulen im Land besucht. Kinder konnten damit ihre Traumstädte bauen.

Zum Stichwort Digitalisierung führt Prof. Dr. Ackermann Folgendes aus: Bei den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) habe es für die beschleunigte digitale Erfassung und Zugänglichmachung das DAPHNE-Projekt gegeben. Gleichwohl sei gesagt worden, es werde noch 100 Jahre dauern, bis man die gesamten Sammlungen erfasst habe. Man müsse priorisieren. Weiterhin gebe es die Frage nach der Art der Erfassung. In Berlin liege seit kurzem der Schwerpunkt auf der dreidimensionalen Erfassung. Berlin sei sehr weit vorne in der Provenienzforschung, die Tiefenerschließung sei sehr gut. Zudem stelle sich die Frage, wie man die Künstliche Intelligenz (KI) stärker nutzen könne.

Nachfolgend spricht Prof. Dr. Ackermann das Thema Finanzierung durch private Mittel an. Die SPK habe ein Kuratorium, in dem sich einige Unternehmen engagierten. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass sich noch mehr Unternehmen aus ganz Deutschland begeistern ließen. Sie habe sehr gute Erfahrungen damit gemacht, individuelle Programme mit den jeweiligen Partnern zu überlegen, sodass diese sich darin wieder-

finden könnten. Bei ihrer geplanten Deutschlandreise mit Antrittsbesuchen in den Ländern werde sie versuchen, Chefs und Chefinnen von Wirtschaftsunternehmen zu treffen.

Prof. Dr. Ackermann spricht anschließend das Humboldt Forum an. Für den Moment wolle sie sagen, dass das Thema europäische Kulturen zwingend dorthin gehöre. Es gebe das Museum Fünf Kontinente (München) oder den Begriff Weltmuseum. Dass man europäische Kulturen abspalte, sei nicht mehr zeitgemäß. Demnächst werde sie sich mit der Direktorin des Stadtmuseums Berlin treffen. Die Verknüpfung mit dem Ort Berlin solle möglichst überall hergestellt werden. Sie wolle etwas kritisch formulieren, dass man das Humboldt Forum nicht nach Quadratmetern aufteilen solle. Durch das ganze Haus solle ein möglichst gemeinsamer Atem gehen.

Im Humboldt Forum habe in der vorangegangenen Woche etwas Wunderbares stattgefunden: die Global Cultural Assembly 2025. 80 Menschen aus fünf Kontinenten hätten daran gearbeitet, gemeinsam das Programm des Humboldt Forums voranzubringen. Deutlich geworden sei, dass man bei den Themen nichts richtig, nichts perfekt machen könne. Es gebe auch den Zweifel, es müsse auch ein Raum für das produktive Scheitern vorhanden sein. Das müsse bereits am Eingang oder in der DNA des Humboldt Forums eingeschrieben sein.

Prof. Dr. Ackermann thematisiert anschließend den Fahrplan für die Reform der SPK. Der Reformprozess solle offiziell am 1. Dezember abgeschlossen sein. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solle das Gefühl gegeben werden, dass dieser Schritt geschafft sei. Dann folge der Strategiehorizont 2030. Das Leitbild laute: Wir verbinden Menschen, Zeiten und Räume miteinander. Es gehe darum, wie das Leitbild auf die sieben im Reformprozess definierten Wirkungsfelder (z.B. Fachcommunities) heruntergebrochen werden könne. Es habe verschiedene Bottom-Up-Formate mit sehr guten Vorschlägen gegeben. Auf der Grundlage müssten nun mit dem Interimsvorstand gemeinsam Entscheidungen getroffen werden. Sie stecke gerade tief in dem Prozess drin. Wichtig



sei, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Öffentlichkeit mitzunehmen. Das Kommunizieren nach innen müsse womöglich noch klarer und einfacher werden.

Im Anschluss spricht Prof. Dr. Ackermann das koloniale Erbe an. Es sei gut, dass die SPK in den letzten Jahren so viel geschafft und großes internationales Vertrauen gewonnen habe. Es sei jedoch noch viel zu tun – das betreffe das koloniale Erbe, aber auch Ausgrabungen aus dem Bereich der Archäologie sowie jüdischen Vorbesitz und DDR-Unrecht.

Im Folgenden thematisiert Prof. Dr. Ackermann die Hohenzollern. Sie bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass nach 100 Jahren Streit pünktlich zu ihrem Amtsantritt dieser nun beigelegt worden sei. Die Lösung mit einer gemeinsamen Stiftung bewertet sie positiv. Aus ihrer Zeit in Sachsen habe sie Erfahrungen mit einer Einigung mit den Wettinern. Das Abkommen sei vor ihrer dortigen Amtszeit erzielt worden. Es habe Fehler enthalten, sodass sie in den Prozess mit den Hohenzollern ihre Lernerfahrung habe mit einbringen können. Prof. Dr. Ackermann veranschaulicht dies am Beispiel unberücksichtiger restituerter Kriegsbeute.

Eine weitere Frage sei hinsichtlich des Mehrwerts für die Besucher und Besucherinnen und der Bildungsgerechtigkeit sowie der Chancengleichheit gestellt worden. Dazu berichtet Prof. Dr. Ackermann über ein aktuelles Beispiel. Im Herbst werde auf der Museumsinsel die Ausstellung „Mythen in Stein. Göbeklitepe und die Welt der letzten Jäger“ eröffnet. Göbeklitepe sei die älteste Kultstätte in der Türkei mit wunderbaren Ausgrabungen. Die Ausstellung böte eine große Chance, die vielen großen türkischen Communities in Berlin mit einzubeziehen und zu interessieren. Einen weiteren interessanten Ansatz, viele Menschen zu erreichen, praktiziere die Komische Oper Berlin mit dem Operndolmuş, das in die Stadtteile fahre. Es gehe darum, über Ausstellungsprojekte zu versuchen, Menschen zu erreichen. Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit seien wichtige Themen. Im Vermittlungs- und Bildungsbereich sieht die SPK-

Präsidentin eine große strukturelle Unterfinanzierung und Unterausstattung der SPK. Viele Sammlungen hätten keine einzige Person für die Vermittlung. Sie wolle die Kinderbiennale der Länder als Leuchtturmpunkt nach Berlin mitbringen, um dann wiederum private Mäzene und Mäzeninnen für ein dauerhaftes Engagement im Bildungs- und Vermittlungsbereich zu gewinnen.

Der nächste Punkt, den Prof. Dr. Ackermann anspricht, ist das Thema kritische Infrastruktur. Dies sei ein weites Feld, doch zu der Frage der Auslagerungsorte habe man sich mit Beginn des Krieges in der Ukraine bereits weitgehend verständigt. Man sei jedoch noch mitten in einem Prozess. In Sachsen habe sie bereits seinerzeit ein Notfallkonzept entwickelt.

Im Hinblick auf die osteuropäischen Länder denke sie an die Gründung eines Verbundes, initiiert etwa durch sie und ihre französische Kollegin Laurence des Cars, Präsidentin des Musée du Louvre. Ein möglicher Name sei Muse, eine Abkürzung für Museums in Europe/Museen in Europa, der Untertitel könne möglicherweise Changing Perspectives lauten. Es gehe darum, die Perspektive einmal umzukehren und von Osten nach Westen zu blicken, aber zugleich auch gemeinsam am europäischen Projekt zu arbeiten und niemanden auszuschließen. Das sei der nächste Schritt. Alles Weitere sei „people to people“, es gehe um persönliche Beziehungen und Freundschaften. Auch nach Russland halte man trotz der politischen Situation über persönliche Beziehungen zu bestimmten Menschen den Kontakt. Viele seien in schwierige Situationen geraten, es existiere eine Art untergrundiges Netzwerk von Menschen, die zusammenhielten und sich verbunden fühlten durch die Liebe zu Kunst und Kultur sowie zu einer Form von Gemeinsamkeit, die Jahrhunderte oder Jahrtausende zurückreiche.

Der **Vorsitzende** leitet in die zweite Fraktionsrunde über.

Abg. **Dr. Anja Weisgerber** (CDU/CSU) heißt Prof. Dr. Ackermann im neuen Amt willkommen. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der



CDU/CSU-Fraktion sei sie, Abg. Dr. Weisgerber, zuständig für Kultur und Medien, aber auch für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Gleichstellungspolitik falle in ihren Zuständigkeitsbereich. Insofern freue sie sich besonders, dass nun eine Frau der SPK vorstehe und neue Akzente setze.

Der Gender Pay Gap im Kunstbereich sei groß und bekannt. Die SPK sei mit rund 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der größte Arbeitgeber im Kulturbereich in Deutschland. Welche Erfahrungen Prof. Dr. Ackermann als Frau in ihren vormaligen Funktionen gemacht habe und wo sie die Möglichkeit sehe, in ihrem neuen Amt Frauen zu fördern, soll gesagt werden.

Abg. **Matthias Helferich** (AfD) bemerkt, Prof. Dr. Ackermann habe in einem Interview gesagt, dass der Föderalismus Deutschland vor extremistischen Veränderungen schütze. Welche Extremisten sie fürchte und ob sie die Struktur der SPK dadurch bedroht sehe, soll gesagt werden. Weiterhin habe Prof. Dr. Ackermann in dem Interview bemerkt, dass das Hauptaugenmerk ihres Tuns in Dresden auf ihrer Haltung gelegen habe. Welche Haltung das sei, ist von Interesse. In dem Interview habe Prof. Dr. Ackermann zudem geäußert, dass sie einen neuen Konservativismus fürchte, der auch feministische Errungenschaften bedrohen könne. Welcher Konservativismus das sein könne, möge beantwortet werden.

Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz würden seit dem Jahr 2020 Lesesäle reduziert, auch der Aufenthaltsraum sei nicht mehr vorhanden. Ob diese Entwicklung voranschreite, soll gesagt werden. Abg. Helferich verweist auf das Buch Postkoloniale Mythen von Mathias Brodkorb, der darauf hinweise, dass auch in Ausstellungen der SPK mythisch, unwissenschaftlich und politisch-tendenziös das Wirken Deutschlands in den Kolonien dargestellt werde. Ob sie sich der Theorie des Postkolonialismus nach Jean-Paul Sartre verschreibe oder ob sie bereit sei, den einen oder anderen Mythos gemeinsam aufzuklären, möge gesagt werden.

Abg. **Martin Rabanus** (SPD) heißt

Prof. Dr. Ackermann im neuen Amt willkommen und dankt ihrem Vorgänger, Prof. Dr. Parzinger, für seine Arbeit insbesondere im Reformprozess. Es sei richtig, dass die SPK, anders als seinerzeit vom Wissenschaftsrat empfohlen, als Einheit erhalten bleibe. Mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltspolans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025, BT-Drucksache 21/500) solle ein solides finanzielles Fundament für die SPK geschaffen werden. Die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP habe noch im Januar das StiftPKG verabschiedet. Insofern seien die Grundlagen für die weitere Entwicklung gut.

Prof. Dr. Ackermann sei nun mit einer Fülle von Erwartungen und Aufgaben konfrontiert. Vieles von dem, was sie in dieser Sitzung gesagt habe, finde seine Fraktion gut. Das gelte ebenso für all das, was Prof. Dr. Ackermann in den ersten Tagen ihrer Amtszeit bereits angeschoben habe sowie für ihre klare Haltung zu einer demokratischen Kultur. Die SPD-Bundestagsfraktion bleibe eine Unterstützerin der SPK.

Die Themen kulturelle Bildung und kulturelle Teilhabe interessierten ihn besonders. Wo sie dort ihre Schwerpunkte sehe, soll gesagt werden. Was sie bei ihren Besuchen in den Ländern im Gepäck habe, ist ebenfalls von Interesse. Eine weitere Frage zielt auf die Fachkräftestruktur der SPK.

Abg. **Katrin Göring-Eckardt** (Bündnis 90/Die Grünen) bringt ihre Freude über Prof. Dr. Ackermanns Amtsantritt zum Ausdruck. Ihre Einarbeitung und ihr Vorankommen in drei Monaten plus 24 Tage sei beeindruckend. Prof. Dr. Ackermann habe gesagt, sie teile mit StM Dr. Weimer, dass die Freiheit in Kunst und Kultur eine zentrale Bedeutung habe. Über den Freiheitsbegriff des Staatsministers habe man viel erfahren, wie denn der ihre sei, möge die SPK-Präsidentin erläutern.

Sie habe viel über die Verbindung zu Osteuropa, ihre ostdeutschen Erfahrungen und die Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte gesagt. Abg. Göring-Eckardt bittet um weitere Ausführungen, was dies alles für die Stiftung und



ihre Arbeit bedeute. Weiterhin interessiert, ob und was die SPK etwa zum Erhalt feministischer Errungenschaften, zum Schutz der Demokratie und der Freiheit tun könne.

Abg. David Schliesing (Die Linke) wünscht Prof. Dr. Ackermann alles Gute und viel Erfolg im neuen Amt. Er bewertet ihre internationalen Pläne als positiv, gerade in der gegenwärtigen Zeit sei Kultur ein Bereich, der Brücken bauen könne und der verbinde.

Positiv sei ebenfalls, dass in den Organen der SPK die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt werden solle, was zeitgemäß sei. Er wolle den Blick auf die Arbeitsplätze, die Arbeitssituation und die Arbeitsplatzsicherheit lenken. Attraktive Arbeitsbedingungen seien die Grundlage für ein modernes Kulturmanagement. Wie die Attraktivität erreicht werden solle, wenn gleichzeitig die Arbeitsplatzsicherheit durch Befristungen von Arbeitsplätzen oder Einschränkungen bei Verbeamtungen abnehme und sich der Druck auf die Beschäftigten erhöhe, soll gesagt werden.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort für die Antworten.

Prof. Dr. Marion Ackermann (SPK) widmet sich zunächst dem Themenkomplex Gender Pay Gap-/Mitarbeiterinnen. Auf die ihr bereits häufiger gestellte Frage, ob es einen Unterschied mache, dass sie als Frau nun SPK-Präsidentin sei, antworte sie immer: Für mich nicht, aber manchmal für die anderen. In der SPK gebe es beispielsweise das Gremium „Frauen in Führungspositionen“, wo man sich gegenseitig berate. Es werde gerade untersucht, ob es einen Gender Pay Gap in der Stiftung gebe. Sie selbst habe in ihrer Düsseldorfer Zeit viele Erfahrungen in dem Themenbereich gesammelt, als sie in einem entsprechenden Gremium der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) mitgearbeitet habe. Thematisiert worden seien damals etwa Unconscious Biases (unbewusste Vorurteile), die den Aufstieg verhinderten. Sie werde sich in der SPK im Bereich Frauen in Führungspositionen engagieren und sei diesbezüglich sehr sensibel.

Sodann geht Prof. Dr. Ackermann auf den Föderalismus und seine Schutzfunktion ein. Die Kulturhoheit sei bewusst in der Verfassung bei den Ländern angesiedelt worden und dies habe mit Deutschlands NS-Vergangenheit zu tun.

Die Frage nach ihrer Haltung beantwortet Prof. Dr. Ackermann wie folgt: Sie habe immer sehr stark auf der Grundlage von Werten, also ethischen Grundhaltungen geführt. In einer Einheit im eigenen Zuständigkeitsbereich müsse man sich immer wieder über diese Werte verständigen. Das bedeute für sie Haltung. Diese habe mit Demokratie zu tun, aber auch damit, dass man zu Entscheidungen kommen müsse. Prof. Dr. Ackermann verdeutlicht ihre Sichtweise an einem Beispiel aus ihrer Zeit in Sachsen. Dort habe sich ihre Einheit nach einer Diskussion gemeinsam gegen die Ausstellung eines Porträts entschieden, auf dem der japanische Premierminister mit einer Pistole an der Schläfe zu sehen gewesen sei. Auch bei der Erarbeitung eines Code of Conduct sei es darum gegangen, diesen gemeinsam zu erschaffen und sich zu fragen: Welche Haltungen haben wir?

Anschließend kommt Prof. Dr. Ackermann auf das Stichwort Konservativismus zu sprechen. Sie sei in dem erwähnten Interview nach dem Konservativismus gefragt worden, habe jedoch mit dem Rechtspopulismus geantwortet. In einigen Ländern mit starkem Rechtspopulismus sei zu beobachten, dass Errungenschaften des Feminismus wieder zurückgedreht würden.

Die Frage zum Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz könne sie bedauerlicherweise nicht beantworten, da sie den aktuellen Sachstand noch nicht kenne.

Im Folgenden spricht Prof. Dr. Ackermann den Themenbereich Kolonialismus/Postkolonialismus an. Dieser sei derart komplex, dass es kein Richtig oder Falsch und auch viele Prozesse des Scheiterns gebe. Die SPK-Präsidentin verdeutlicht dies am Beispiel Namibias, wo es einerseits den Staat und andererseits Volksgruppen gebe, die in der Minderheit seien. Ein Austausch sei komplex und habe viele Ebenen, man könne sich immer



nur annähern und Gespräche mit unterschiedlichen Vertreterinnen und Vertretern führen. Es existierten auch widersprüchliche Haltungen. Es sei richtig, Entwicklungen auch kritisch zu betrachten. Das Humboldt Forum sei ein Ort, an dem man auch selbstkritisch mit den Dingen umgehen müsse.

Anschließend thematisiert Prof. Dr. Ackermann die kulturelle Bildung und Teilhabe. Partizipation sei ein häufig verwendeter Begriff. Man müsse ihn immer wieder neu und noch präziser definieren. Die SPK-Präsidentin berichtet aus ihrer Zeit in Sachsen von Menschen, die man per Zufallsauswahl über Postleitzahlen für ein Beratungsgremium habe gewinnen können und die zum Teil noch nie in einem Museum gewesen seien. Was diese an Wünschen und Forderungen geäußert hätten, auf die ihr Team und sie so nie gekommen wären, sei erstaunlich gewesen. Ähnliches sei bei der Kinderbiennale herausgekommen. Taktilität, das Haptische und das Handwerk/Kunsthandwerk hätten eine große Rolle gespielt. Dies müsse stärker berücksichtigt werden.

Prof. Dr. Ackermann kommt auf ihre geplante Antrittsreise durch die Länder zu sprechen. Es sei wichtig und auch ein Wunsch von Kollegen und Kolleginnen aus den Ländern, Best Practice Beispiele aus den Regionen in Berlin zu zeigen, gerade auch im Vermittlungsbereich. Das wolle sie tun und darüber hinaus viel zuhören.

Das Thema Fachkräftestrategie sei ein wichtiger Punkt. Bislang habe sie sich diesbezüglich lediglich mit den Handwerkerinnen und Handwerkern der SPK unterhalten. Insbesondere im Elektrobereich existiere ein Fachkräftemangel, aber auch im Malerbereich. Sie habe die Frage gestellt, ob man selber ausbilden könne, was auf eine positive Resonanz gestoßen sei. In der SPK arbeiteten viele Meisterinnen und Meister, insofern sei es gut und wünschenswert, sich in der Ausbildung zu engagieren.

Als nächstes spricht Prof. Dr. Ackermann über den Freiheitsbegriff. Im Gespräch mit StM Dr. Weimer kurz vor der Ausschusssitzung sei es beispielsweise um die Freiheit des Führens und

des Wirtschaftens gegangen. StM Dr. Weimer habe betont, dass er im Binnenverhältnis BKM-SPK Freiräume statt kleinteiligen Mitentscheidens auf Arbeitsebene bevorzuge, auch wenn sein Haus die Fachaufsicht innehabe. Dieses Vertrauen und die Freiheit des Agierens finde sie sehr gut. Ab nächstem Jahr arbeite die SPK mit einem Globalhaushalt, was ebenfalls Freiräume bedeute.

Die andere Form von Freiheit betreffe das grundsätzliche Verhältnis zur Politik. Sie sei aufgrund der NS-Vergangenheit in der wunderbaren Verfassung Deutschlands definiert. Die Freiheit von Kunst und Wissenschaften spiele hierzulande eine zentrale Rolle. Doch müsse man immer wachsam sein. Man müsse sich zudem bewusst machen, dass man mit Bezug auf Kunst und Wissenschaft Freiheiten habe, die andere Einrichtungen möglicherweise nicht hätten. Dies sei ein wichtiger Punkt mit Blick auf Mittelosteuropa. In einigen Ländern seien aus der Geschichte nicht dieselben Konsequenzen gezogen worden wie hierzulande. Es komme bisweilen zu häufigen Entlassungen von Museumsdirektorinnen und -direktoren und es gebe ein direktes Hineinregieren in die Einrichtungen. Das verursache große Instabilität. Die dortigen Kolleginnen und Kollegen sehnten sich zutiefst danach, auch durch eine Zusammenarbeit stabilere Freiheiten zu erlangen.

Prof. Dr. Ackermann zeigt sich erfreut über die positive Bewertung des Ansatzes, dass die SPK durch ein Kollegialorgan geführt werde. Dies sei notwendig, da es viele Diskurse und Anforderungen zu bewältigen gebe. Sie sehe es positiv, dass man vielstimmig sprechen könne, aber letztlich mit einer Stimme auftrete.

Mit Blick auf die Arbeitsbedingungen bemerkt Prof. Dr. Ackermann, dass Befristungen ein großes Leid seien. In Sachsen sei das Verhältnis Befristungen zu festen Stellen noch schlechter gewesen als in der SPK. Gleichwohl gebe es auch in Berlin zu viele Befristungen. Sie bedeuteten eine große Belastung für die Kolleginnen und Kollegen und das gesamte Team. Sie beförderten das Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben und das Starren auf den nächsten Haushalt. Das alles sei auch ein



Grund, warum die SPK gerne mehr Sicherheit für ihre Planungen hätte.

Der **Vorsitzende** dankt für die Antworten auf die Bandbreite der Fragen. Es gebe eine Fülle an Erwartungen an Prof. Dr. Ackermann, aber auch sehr viel Zutrauen und sehr viel grundsätzliche Unterstützung. Es lägen sehr arbeitsreiche, spannende und erfüllende Aufgaben vor ihr. Dabei wünsche der Ausschuss viel Erfolg und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Tagesordnungspunkt 3

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kulturgutschutzgesetzes (1. KGSGÄndG)

BT-Drucksache 21/219

Der **Vorsitzende** erläutert den geplanten Ablauf und gibt Herrn Dr. Schmidt-Werthern das Wort für ein Eingangsstatement.

Dr. Konrad Schmidt-Werthern (Leitender Beamter BKM) dankt dem Ausschuss, dass er das Gesetzesvorhaben zügig auf die Tagesordnung gesetzt habe. Zum einen gebe es den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, das Vorhaben zeitnah abzuschließen. Vor allem sei die Novelle jedoch im Zuge der Umsetzung einer EU-Verordnung notwendig. So sei etwa die Frage zu klären gewesen, welche nationale Behörde für die Einführen zuständig sei. Man habe die Novelle zusätzlich für einige Veränderungen genutzt, um die Anwendung des Gesetzes zum Schutz von Kulturgut (Kulturgutschutzgesetz, KGSG) vor allem für den Handel zu vereinfachen. Einige Probleme, die es im KGSG noch gegeben habe, habe man jetzt angepackt.

Mit dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kulturgutschutzgesetzes (1. KGSGÄndG, BT-Drucksache 21/219) liege ein gutes Gesetz vor, das den Handel entlaste, Rechts-

sicherheit bedeute und Flexibilisierungen ermögliche.

Der **Vorsitzende** leitet in die Fraktionsrunde über.

Abg. **Ansgar Heveling** (CDU/CSU) bemerkt, das zum Entwurf des 1. KGSGÄndG (BT-Drucksache 21/219) bereits viel gesagt worden sei. Man habe das Vorhaben noch in der vorangegangenen Wahlperiode intensiv beraten, bevor es im Schlund der Diskontinuität verschwunden sei. Nun liege der Gesetzentwurf nahezu unverändert wieder vor. Es handele sich um eine gute Änderung des KGSG. Nun hätten die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD noch einen Änderungsantrag eingebracht, der den Artenschutz betreffe. Man folge einem Petitorium des Bundesrates. In rechtlicher Hinsicht gebe es dadurch keine Abschwächung. Der Gesetzentwurf habe sehr viel positive Resonanz in den beteiligten Kreisen gefunden.

Abg. **Matthias Helferich** (AfD) sagt, seine Fraktion habe bereits im Plenum ihr zwiegespaltenes Verhältnis zum KGSG dargestellt. Man begrüße es zwar, wenn deutsche Kulturgüter Schutz fänden. Doch sei dieser nicht ausreichend. Die Fraktion der AfD sehe die Gefahr, dass Kulturgüter, die letztlich zu deutscher Kultur und deutschem Eigentum geworden seien, aufgrund von Restitutionsansprüchen ihre neue kulturelle Heimat verlieren könnten.

Seine Fraktion wolle sich aber grundsätzlich dem Telos dieses Gesetzes nicht entgegenstellen, deutsche Kultur zu schützen. Deshalb werde man sich enthalten.

Abg. **Martin Rabanus** (SPD) erwähnt, dass das KGSG positiv evaluiert worden sei. Es sei seinerzeit ein Meilenstein gewesen. Nun gebe es europarechtliche Notwendigkeiten, die zudem zeitkritisch seien. Deswegen sei es gut, dass man an die konsentierte Fassung der vorangegangenen Wahlperiode habe anknüpfen können.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD verändere in der Substanz die



rechtliche Stellung des Artenschutzes nicht. Sie sei jedoch nicht mehr in dem betreffenden Paragraphen des Entwurfs des 1. KGSGÄndG (BT-Drucksache 21/219) verortet, sondern in zollrechtlichen Vorschriften, in denen das Thema heute ohnehin bereits verankert sei. Daher habe man gemeinsam entschieden, dem Petitum des Bundesrates Rechnung zu tragen.

Abg. **Awet Tesfaiesus** (Bündnis 90/Die Grünen) bringt ihre Freude über den Entwurf des 1. KGSGÄndG (BT-Drucksache 21/219) zum Ausdruck. Es sei gut, dass nachhaltige Kulturpolitik über Legislaturperioden hinweg betrieben werde. Die Vorteile des Gesetzentwurfs, den die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützte, seien genannt worden. Den Änderungsantrag sehe man allerdings kritisch, da der Artenschutz ausgeklammert und auf Zoll- und Strafvorschriften verwiesen werde. Gestrichen werde nun eine Spezialregelung, die einen Mehrwert bedeutet hätte, zumal sich Deutschland verpflichtet habe, auch an dieser Stelle den Artenschutz zu beachten. Viele Objekte bestünden aus gefährdeten Naturmaterialien, man könne Kulturerbe und Artenschutz nicht immer voneinander trennen. Durch die Änderung würden Verfahrensvorschriften erschwert. Gleichwohl werde man dem 1. KGSGÄndG (BT-Drucksache 21/219) zustimmen.

Abg. **David Schliesing** (Die Linke) kündigt die Zustimmung seiner Fraktion zu Gesetzentwurf und Änderungsantrag an. Es sei sinnvoll, dass KGSG an den EU-Rechtsrahmen anzupassen und nach umfassender Prüfung praxisnäher und unbürokratischer zu gestalten.

Kulturgüter und Kulturstätten hätten eine wichtige Symbol- und Vermittlungsfunktion. Sie festigten soziale Identitäten und Kulturen. Sie

seien Zeugnisse menschlichen Erbes und menschlicher Entwicklung. Ihr Schutz komme daher stets der Allgemeinheit zugute. Die Güter und Stätten seien jedoch durch Beschädigung, Zerstörung und Diebstahl bedroht. Die Bestände und Sammlungen müssten daher als schützenswertes Kulturgut als Teil der kritischen Infrastruktur eingestuft werden. Leider sei der Kulturgutschutz nicht mit einem eigenen Kapitel im Entwurf zum „Kritisch-Dachgesetz“ der vorangegangenen Legislaturperiode (Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen, BT-Drucksache 20/13961) verankert worden und auch die neue Koalition habe nicht zu erkennen gegeben, dass sie dies plane.

Abg. Schliesing befürwortet die Aufnahme eines Staatsziels Kultur in das Grundgesetz, damit ihr als Teil der Daseinsvorsorge Schutz zuteilwerde.

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 21(22)3 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmabstimmung der Fraktion der AfD.

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 21/219 in der Fassung des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 21(22)3 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Stimmabstimmung der Fraktion der AfD.

Schluss der Sitzung: 16:11 Uhr

Sven Lehmann, MdB
Vorsitzender